

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600—3665, Fernverkehr: Dönhoff 3660—3698. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660. Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten) oder 1,24 M Postgebühren, bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zelle 32 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zelle 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, KochstraÙe 22-26

15 Pf. - Nr 461

SONNTAG, 25. SEPTEMBER 1932

MORGEN-AUSGABE

Genfer Wehr-Gespräche

Neurath bei Henderson — Kommt Herriot zum Reichsaußenminister?

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENÈVE, 24. SEPTEMBER

Die Abrüstungsbesprechungen, die am heutigen Nachmittag besonders zwischen der französischen und englischen Delegation und den Delegationen der übrigen, französisch nachsehenden Staaten, aber auch, wie nicht fernwärtig, zwischen der französischen und der italienischen Delegation hin und her gingen, haben bis zum Abend nach allem, was aus einigermaßen sicheren Quellen vernommen ist, die Dinge nicht viel vorwärts gebracht. Von einer Unterbrechung des französischen Hauptdelegierten, Paul Doumer, mit dem deutschen Außenminister, die wohl schon zehnmal in Genf als unmittelbar bevorstehend angekündigt wurde, ist einflussreich immer noch nicht die Rede. Da aus Paris also bisher offenbar keine entsprechenden Anhaltspunkte vorzuliegen scheinen, nimmt man vielfach an, daß Herriot, der am Montag hier eintrifft, sich die Besprechungen mit dem Freisprecher von Neurath, den er ja von Kaufmann her kennt, selbst vorbehalten will. Aber es ist auch durchaus möglich, daß noch der morgige Sonntag einige Unterbrechungen bringt, zumal fast alle Delegationen „alarmbereit“ in ihren Hotels verbleiben und nur wenige sich auf Ausflüge in die Umgebung begeben werden.

Der plötzlich doch noch heute nachmittag erfolgte Besuch, den der deutsche Außenminister seinem alten Bekannten, dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz, Henderson, abgestattet hat, wird hier vielfach in dieser Richtung gedeutet. Zwar hätte Henderson sich zu seiner Umgebung sehr verstimmt darüber geäußert, daß die deutsche Regierung keinerlei Miene mache, sich für die Besprechungen mit dem Freisprecher von Neurath, die sich am Montag hier abspielen werden, zu interessieren. Er hat wohl aber mindestens aus dem Nebenweg geholt, sich über den Stand der Vermittlungsarbeit, die Sir John Simon mit großem Eifer betreibt und über die man im Büro des Konferenzpräsidenten natürlich unterrichtet ist, zu informieren.

Nach der heutigen Zusammenkunft zwischen dem deutschen Reichsaußenminister von Neurath und Henderson wurde auf beiderseitige Vereinbarung folgendes Communiqué veröffentlicht:

„Der deutsche Reichsaußenminister Freisprecher von Neurath hatte heute mit dem Vorsitzenden der Abrüstungskonferenz, Herrn Henderson, ein Zusammenkunft in welcher sie die Lage der Abrüstungskonferenz und den gegenwärtigen Stand des Abrüstungsproblems besprochen haben. Die Unterbrechung vorzeitig in freundschaftlicher und eingehender Weise. Nach Lage der Dinge konnten die beiden Herren keine Einverständnisse fassen.“

In Anwesenheit der deutschen Delegation wird betont, daß die Initiative zu jeder Zusammenkunft von Henderson ausgegangen ist.

Sir John Simon beabsichtigt, am Dienstag nach London zu fliegen, um dort an einer Kabinettsitzung teilzunehmen und am Donnerstag wieder in Genf zurück zu sein. Aus der deutschen Delegation hört man, daß Freisprecher von Neurath diesen heißen Aufenthalt ebenfalls bereits am Mittwoch oder Donnerstag höchstens einige wenige Tage später abbrechen gedenkt.

Das Präsidium der Abrüstungskonferenz hat heute nachmittag beschlossen, die Diskussion über die politischen Fragen nur dann fortzuführen zu lassen, wenn ausdrücklich der Wunsch danach ausgeprochen werden sollte, das heißt eben, wenn die Delegierten Frankreichs und Englands auf der einen, und Deutschlands auf der anderen Seite sich über die große grundsätzliche Frage der deutschen Gleichberechtigung einig geworden sind. Das ist nun freilich für die allerersten Tage kaum zu erwarten, wenn auch — wie gesagt — Unterbrechungen keineswegs ausgeschlossen sind.

Die Montag vormittag zusammengetretene 13. Versammlung des Völkerbundes soll nur von kurzer Dauer sein. Man rechnet mit zwei bis zweieinhalb Wochen, und die Generalsekretäre soll höchstens zwei oder drei Tage dauern. Schon Mittwoch oder spätestens Donnerstag sollen

die Arbeiten der Kommissionen beginnen, deren es diesmal nur fünf geben soll (vorher sechs), weil die Dritte Kommission für Abrüstungsfragen weggelassen ist, falls nicht etwa irgend ein Mitgliedstaat der Völkerbünderversammlung es für richtiger hält, gewisse Abrüstungsfragen gerade im Rahmen der Völkerbünderversammlung zu besprechen. Uebrigens tagt ja die Abrüstungskonferenz zur Zeit überhaupt nicht, sondern nur ihr Büro mit seinen achtzehn Mitgliedern, während also für die übrigen 38 Völkerbündestaaten zur Zeit die Völkerbünderversammlung überhaupt die einzige Möglichkeit darstellt, sich grade über den Stand der Verhandlungen der Abrüstungskonferenz in dieser so kritischen Periode einmal zu äußern. Es ist also noch gar nicht so sicher, ob der autoritative Wunsch einiger Großmächte, die Dritte Kommission der Völkerbünderversammlung diesmal einfach wegzulassen zu lassen, so glatt durchgeht.

J. B.

Eine Andeutung Herriots

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 24. SEPTEMBER

Der Hauptteil des heutigen Ministerrats nahm der Bericht Herriots über die außenpolitische Lage, die Verhandlungen in Genf und die Verteilung seiner für morgen angekündigten Rede in Genoa ein. Hierüber begann die Diskussion über die deutsche Forderung nach militärischer Gleichberechtigung. Herriot ließ dabei angedeutet haben, daß er Anfang der nächsten Woche in Genf eine eingehende und vielleicht entscheidende Unterredung mit dem Reichsaußenminister Neurath haben werde. Er soll weiter erntet haben, daß er die gesamte internationale Lage vorläufig nicht durch die Berichterstattung der französischen Dokumente über die von Frankreich behaupteten deutschen Geheimtätigkeiten verdrängen wolle.

Griechen-Wahlen unter Ausnahmezustand

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

ATHEN, 24. SEPTEMBER

Die Regierung hat außerordentliche militärische und polizeiliche Maßnahmen getroffen, um während der morgigen Wahlen die Ruhe aufrechtzuerhalten. Benizelos betonte noch in seinen gestrigen Reden, daß er unbedingt einstuft, daß die Wahl nicht abgelaufen, falls die Royalisten mit den republikanischen Angehörigen von Kalamata und Patras, die gegen ihn den heftigsten Wahlkampf führen, die Wahlzeit erlangen sollten. Er habe alle Maßnahmen ergreifen, um bis zum Zusammenbruch der Kammer die Wahl zu halten. Benizelos hat jede Verbindung mit der Einberufung des neuen Parlamentes verboten, ebenso die Mitteilung von Wahlresultaten durch die Zeitungen oder politische Parteien.

Für den morgigen Wahltag ist der Privatautoverkehr mit Ausnahme des Verkehrs von ärztlichen und Ambulanz-Wagen, von Bildwagen, Diplomatenautos, Autobussen und Kraftwagen, die in offiziellem Dienst von Parteien fahren, unterlag.

Benizelos erklärte die Zahl der auf entfallenden Mandate auf 110 von 290; die Opposition aber rechnet mit höchstens 90 mandatsfähigen Abgeordneten. Er ist jedoch unwohlig, daß die Royalisten allein die absolute Mehrheit erlangen können. Man nimmt allgemein an, daß die Republikaner in der Mehrheit sein werden, jedoch erscheint ihre Zusammenarbeit kaum möglich.

Mussolini gegen Autarkie

In der Reihe der Europa-Berichte des amerikanischen Journalisten Knickerbocker, die die „Vossische Zeitung“ veröffentlicht, kommt am Dienstag ein Gespräch mit dem italienischen Regierungschef Mussolini zum Abdruck. Der Führer des Faschismus äußert sich über die Möglichkeiten, durch internationales Zusammenwirken der Weltwirtschaftskrise ein Ende zu setzen.

Soziale Gerechtigkeit

Von

DR. PETER REINHOLD,

früherem Reichsminister der Finanzen

Vor dem Bestfalligen Bauernverein in Münster hat der Reichstanzler am 28. August das Wirtschaftsprüfungsgesetz seiner Regierung verurteilt, und vor dem Landmilitärhof in München wird der Reichsernährungsminister am kommenden Montag die heiß umkämpften und vorläufig als Geheimentscheidungen behandelten Beschlüsse des Kabinetts über die Finanzierung und die Kontingentierung endlich der Öffentlichkeit bekanntgeben; die beiden programmatikalen Erklärungen der Reichsregierung zur Wirtschaftspolitik werden dem bestenfalls wohl also auf landwirtschaftlichen Versammlungen zur Kenntnis gebracht. Es fällt schwer, hier an einen bloßen Zufall zu glauben; nach den Entwürfen mit Schwarz und Braun ist Grün offensichtlich die Farbe der Hoffnung dieser Regierung geworden.

Erlt wenn die Beschlüsse des Kabinetts im einzelnen bekannt sind, wird man sich ein Bild darüber machen können, ob die Regierung dem politischen Grund der vor und hinter der Landwirtschaft liegenden Streife in einem Ausmaß nachgeben hat, das der Erfüllung von Sonderinteressen eines wenn auch noch so wichtigen Berufsstandes das Ganze gefährdet. Das, was bisher über die Streitgegenstände durchgedrückt ist, läßt vorläufig die Hoffnung zu, daß man sich auf einer mittleren Linie geeinigt hat; aber nicht nur auf die Einzelheiten des Programms, sondern auf dem Geleit, in dem man die offenbar notwendig werdenden handelsvertraglichen Verhandlungen führen will, kommt es entscheidend an, ob der 12-Monats-Plan Rupens seinen Zweck zur Vermeidung der Arbeitslosigkeit auf der Basis der Wiederherstellung des Vertrauens erfüllen kann oder ob eine neue Erschlüpfung des Kredites und eine Ermäuerung unserer Ausfuhrmöglichkeiten die materielle wie die psychologische Auswirkung des Programms von Münster wieder zunichte macht.

Vor allem ist eine Forderung zu erheben: die neue Unterverordnung muß einen entgültigen Schlüssel unter dem mehr als unerfreuliche Kapitel der staatlichen Staatsangehörigkeit in die Finanzfrage bringen. Gerade hier ist eine weitere Unklarheit einfach untragbar; ist es doch (wie bei den Beschlüssen ein Wunder, daß die bauernde Wirtschaft des Kapitalmarktes, die ihren Anfang mit der generellen Zinsunterstützung nahm, die Brünnung trotz aller Warnungen anordnete, nicht noch weit größere Verletzungen angerichtet hat, als leider eingetreten sind und zwangsläufig eintreten mußten. Was soll das Vertrauen der deutschen Exporteure zu Kapitalanlagen irgendwoher sein, wenn man, wie fall geschiedenes deutsches Geld wieder den Weg in die Heimat zurückfinden oder fremdes Kapital bei Wut haben, die bei den heutigen Kursstand normale hohe Verzinsung deutscher Anleihen und Fremdbriefe zu Anlagezwecken zu benutzen, wenn die Ungewißheit über eventuell noch bevorstehende Eingriffe des Staates jede Wertbewahrung illusorisch macht?

Die als Folge der Weltwirtschaftskrise international vorhandene Geldkrise hat es den größeren Völkern möglich gemacht, die günstige Situation zu Kommerzianten ihrer Anleihen auszunutzen; nicht ganz zehn Monate nach der Zerschlagung von Goldstandorten im England sind die größten Finanzaktionen, die die Finanzgeschichte auf diesem Gebiete kennt, glücklich durchgeführt und damit nicht nur seinen Anteil bedeutend entlastet, sondern auch das Vertrauen in die goldgeänderten Werte Großbritannien neu gestärkt. In Deutschland hat man, statt eine glückliche organische Entwicklung abzuwarten und mit allen Mitteln zu fördern, das Vertrauen durch den notverordneten Eingriff in vertriebene Rechte aus schmerzlich erfüllt; prattig ist das Ergebnis gewesen, daß der Staat für den öffentlichen wie für den Privatbedarf unlosbar Sandes trotz oder vielmehr gerade wegen der zumeist wenig angeordneten Zinsunterstützung normal hoch geblieben ist.

Die Regierung wird deshalb, nachdem sie sich lange genug Zeit gelassen hat, alle Interessen gegeneinander abwägen und die Finanzfrage, insbesondere in ihrer Auswirkung auf die öffentlichen Finanzen, die Landwirtschaft und den Hausbesitz zu prüfen, eine feierliche und bündige Erklärung abgeben müssen, daß mit der neuen Unterverordnung die Wera der staatlichen Zwangsangehörigkeit in die Finanzverhältnisse, auch soweit der ganz, besonders gefährliche Umweg einer Kapitalverpflichtung in Frage kommt, endlich abgeschlossen ist. Selbst Eshöndigkeit in einem solchen Fall ist ein Verstoß gegen die auf genommen werden als weitere Unklarheit. Nur Arbeit schafft Vertrauen; und ohne Vertrauen gibt es keinen Kredit zu wirtschaftlich erträglichen Bedingungen.